

## **FDP will wissen: Auf welchen Kosten bleibt die Stadt sitzen, wenn sie Rundfunkbeiträge des WDR beitreibt?**

Mit einer Anfrage im nächsten Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 20. September möchte sich die FDP-Stadtratsfraktion Klarheit darüber verschaffen, was die Stadt Krefeld die Beitreibung von Rundfunkbeiträgen kostet.

Hintergrund ist eine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion nach der landesweiten Dimension der Vollstreckung bei Zahlungsverweigerern des Rundfunkbeitrages. Dafür sind die Kommunen zuständig, sollen aber auf einem Teil der Sach- und Personalkosten sitzen bleiben.

In ihrer Anfrage an die Krefelder Stadtverwaltung bittet die FDP um Information, welche Kosten der Stadt durch die Vollstreckungsmaßnahmen entstehen und in welchem Umfang diese Kosten nicht gedeckt werden. Um die Entwicklung dieser uneinbringlichen Kosten abschätzen zu können, bittet die Fraktion weiterhin um Auskunft, wie viele Vollstreckungsmaßnahmen es in Krefeld in den vergangenen fünf Jahren gegeben hat, und wie die Anzahl der Maßnahmen im laufenden Jahr ist.

"Der WDR macht sich anscheinend einen schlanken Fuß, wenn er im Wege der Amtshilfe die Vollstreckungsbeamten der Stadt zu den Schuldnern der Rundfunkbeiträge schickt, sich aber nicht für die Kosten, die der Stadt entstehen, aber nicht eingetrieben werden können, stark sagt", kritisiert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.